

Benchmarkingkreis Eingliederungshilfe für
Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein



Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein

Bericht 2010



Impressum

Erstellt für:

Städteverband Schleswig-Holstein

Stadt Flensburg
Landeshauptstadt Kiel
Hansestadt Lübeck
Stadt Neumünster

**Koordinierungsstelle soziale Hilfen
der schleswig-holsteinischen Kreise für**

Kreis Dithmarschen
Kreis Herzogtum Lauenburg
Kreis Nordfriesland
Kreis Ostholstein
Kreis Pinneberg
Kreis Plön
Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kreis Schleswig-Flensburg
Kreis Segeberg
Kreis Steinburg
Kreis Stormarn

Das con_sens-Projektteam:

Dieter Bunn
Frank Lehmann-Diebold

Fassung:

2. Januar 2012
Freigegeben

Titelbild:

www.aboutpixel.de

con_sens

Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
Rothenbaumchaussee 11 • D-20148 Hamburg
Tel.: 0 40 – 688 76 86-0 • Fax: 0 40 – 688 76 86-29
consens@consens-info.de
www.consens-info.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Leistungsberechtigte in der Eingliederungshilfe	8
2.1.	Produktgruppe Wohnen	10
2.2.	Produktgruppe Arbeit, Beschäftigung und Tagesstruktur	13
2.3.	Produktgruppe Hilfen zur angemessenen Schul- und Ausbildung	16
2.4.	Produktgruppe Heilpädagogische Leistungen für noch nicht eingeschulte Kinder	17
3.	Bruttoausgaben	20
4.	Fazit und Ausblick	25
5.	Abkürzungen	27

Darstellungsverzeichnis

Darst. 1:	Entwicklung der Leistungsberechtigten-Zahl 2007-2010	5
Darst. 2:	Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe im Land Schleswig-Holstein 2007-2010.....	5
Darst. 3:	Bruttoausgaben pro leistungsberechtigter Person (Fallkosten) 2007-2010	5
Darst. 4:	Leistungsberechtigte im vollstationären Wohnen 2007-2010	6
Darst. 5:	Ambulantisierungsquote 2007-2010.....	6
Darst. 6:	Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen 2007-2010	6
Darst. 7:	Leistungsberechtigte WfbM	6
Darst. 8:	Leistungsberechtigte Integrationshelfer.....	7
Darst. 9:	Leistungsberechtigte heilpädagogische Leistungen.....	7
Darst. 10:	Leistungsberechtigte in der Eingliederungshilfe (2007-2010).....	8
Darst. 11:	Dichte der LB Egh insgesamt (Stichtag), Keza 0.1.a	9
Darst. 12:	Dichte der LB in der Produktgruppe Wohnen (Zeitreihe), Keza 1.1.a.....	10
Darst. 13:	Dichte der LB in der Produktgruppe Wohnen nach Produkt, Keza 1.1	11
Darst. 14:	Ambulantisierungsgrad im betreuten Wohnen (Zeitreihe), Keza 1.10	11
Darst. 15:	Bruttoausgaben Produktgruppe Wohnen pro Einwohner, Keza 1.5.....	12
Darst. 16:	Bruttoausgaben pro LB Produktgruppe Wohnen in Euro	13
Darst. 17:	Dichte der LB in der Produktgruppe Arbeit, Keza 2.1.a	14
Darst. 18:	Leistungsberechtigte in der WfbM nach EGH-Wohnleistung, Keza 2.10.....	15
Darst. 19:	Bruttoausgaben pro LB Produktgruppe Arbeit.....	15
Darst. 20:	Dichte der LB in der Produktgr. Schul-und Ausbildung, Keza 3.1	16
Darst. 21:	Dichte der LB mit Integrationshelfer, Keza 3.2	17
Darst. 22:	Leistungsberechtigte Produktgr. Heilpädagogische Leistungen für Kinder (2007-2010).....	18
Darst. 23:	Dichte der LB Produktgr. Heilpäd. Leistungen, Keza 4.1	18
Darst. 24:	Bruttoausgaben pro LB für mobile ambulante Frühförderung, Keza 4.7	19
Darst. 25:	Bruttoausgaben für Eingliederungshilfe (absolut), Baza 0.2.....	20
Darst. 26:	Bruttoausgaben pro Ew. für Eingliederungshilfe im Jahr, Keza 0.7.a.....	21
Darst. 27:	Bruttoausgaben pro Ew. Produktgr. Wohnen in Euro nach Leistungen	21
Darst. 28:	Bruttoausgaben pro Ew. in der Produktgr. Wohnen in Euro.....	22
Darst. 29:	Bruttoausgaben pro Ew. Produktgr. Arbeit	22
Darst. 30:	Bruttoausgaben pro Ew. Produktgruppe Arbeit, Keza 2.6	23
Darst. 31:	Ausgabenanteile des örtlichen Sozialhilfeträgers, Keza 0.11.....	23
Darst. 32:	Entwicklung der Bruttoausgaben für Eingliederungshilfe	25

1. Einleitung¹

Die schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte befassen sich seit 2006 im Rahmen eines Benchmarkings mit der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Durch die systematische Auseinandersetzung mit Fall- und Finanzdaten wurde es möglich, Entwicklungen in diesem wichtigen Leistungsbereich transparenter zu machen und Verantwortlichen in den Kommunen bessere Informationen für ihre strategischen Entscheidungen bereitzustellen.

Mit diesem Bericht legen die elf Kreise und vier kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein die Ergebnisse ihres Kennzahlenvergleichs 2010 über die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vor. Inzwischen wurden im fünften Jahr Basisdaten erhoben, plausibilisiert und mit dem Ziel ausgewertet, einen möglichst validen Überblick zum Leistungsgeschehen zu erhalten, um so zielgerichtet einen fachlichen Austausch über gute kommunale Praxis zu führen. Das Benchmarking beschränkt sich dabei auf die Betrachtung der reinen EGH-Aufwendungen.

Der Kennzahlenbericht fasst Werte und Entwicklungen für das Land Schleswig-Holstein zusammen und stellt die wichtigsten Daten zu leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung und den bewilligten Leistungen der Eingliederungshilfe dar. Dabei ergeben sich insbesondere wegen der Umstellungen der Haushaltssystematik bisweilen noch Herausforderungen bezüglich der Datenqualität. Die Werte sind so nicht immer umfassend vergleichbar, Entwicklungen können zum Teil nicht sauber dargestellt werden. Der nun vorliegende Zeitraum von 2007 bis 2010 ermöglicht jedoch einen validen Blick auf die Entwicklungen.

In 2010 wurden die bisherigen arithmetischen durch gewichtete Mittelwerte ersetzt. Diese sind genauer. Es ergeben sich teilweise zu den Berichten der Vorjahre minimale Abweichungen, die dem geänderten Berechnungsmodus geschuldet sind. Durch die Zusammenstellung der kommunalen Daten ergibt sich die Möglichkeit, außerhalb der Sozialhilfestatistik einen Blick auf die Entwicklungen für das Land Schleswig-Holstein zu werfen. Dies geschieht im Folgenden für ausgewählte Bereiche, soweit ausreichend valide Daten vorlagen.

▣ **Weiterhin steigende Zahl von Menschen, die Eingliederungshilfe erhält.**

Auch im Jahr 2010 verzeichnen die Kommunen in Schleswig-Holstein steigende Zahlen für Leistungen der Eingliederungshilfe. Am Jahresende 2010 waren 29.251 Menschen im Leistungsbezug (+829) und damit 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der aktuelle Wert liegt etwas unterhalb der durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate, die für das Land bei 4,0 Prozent lag. Kreisfreie Städte und Kreise entwickeln sich damit ähnlich.

¹ Obwohl aus Gründen der Lesbarkeit im Text die männliche Form gewählt wurde, beziehen sich die Angaben auf Angehörige beider Geschlechter.

DARST. 1: ENTWICKLUNG DER LEISTUNGSBERECHTIGTEN-ZAHL 2007-2010

Leistungsberechtigte	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
Schleswig-Holstein	26.016	26.962	28.422	29.251	2,9%	4,0%
kreisfreie Städte	7.748	8.099	8.419	8.674	3,0%	3,8%
Kreise	18.268	18.863	20.003	20.577	2,9%	4,0%

■ **Bruttoausgaben**

Für Leistungen der Eingliederungshilfe bezahlten die schleswig-holsteinischen Sozialhilfeträger 2010 insgesamt knapp 570 Mio. Euro. Die Ausgaben steigen seit 2007 damit jährlich um 5 Prozent. Im Berichtsjahr 2010 lag der Anstieg mit 3,5 Prozent etwas unterhalb dieses Wertes.

DARST. 2: BRUTTOAUSGABEN DER EINGLIEDERUNGSHILFE IM LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2007-2010

Bruttoausgaben	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
Schleswig-Holstein	492.135.709	523.373.809	549.770.202	569.179.396	3,5%	5,0%
kreisfreie Städte	139.389.792	143.637.252	152.726.462	158.230.502	3,6%	4,3%
Kreise	352.745.917	379.736.557	397.043.740	410.948.894	3,5%	5,2%

Die Ausgaben steigen stärker als die Zahl der leistungsberechtigten Menschen. Werden diese beiden Zahlen in Bezug gesetzt, erhält man die sogenannten Fallkosten. Sie geben an, wie viel der Sozialhilfeträger für Leistungen der Eingliederungshilfe pro Person ausgibt.

DARST. 3: BRUTTOAUSGABEN PRO LEISTUNGSBERECHTIGTER PERSON (FALLKOSTEN) 2007-2010

Fallkosten (Bruttoausg. pro LB)	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
Schleswig-Holstein	18.917	19.412	19.343	19.458	0,6%	0,9%
kreisfreie Städte	17.990	17.735	18.141	18.242	0,6%	0,5%
Kreise	19.309	20.131	19.849	19.971	0,6%	1,1%

Die Fallkosten steigen durchschnittlich um ein Prozent und lagen im Jahr 2010 bei 19.458 Euro. Abhängig von der Lebenslage und dem damit verbundenen Hilfebedarf sind die Kosten im Einzelfall ganz anders. Die Sozialhilfeträger versuchen, die Menschen mit Behinderung entsprechend zu beraten und die optimale Hilfe und Förderung zu ermöglichen.

■ **Anstieg beim stationären Wohnen und weiterhin steigende Ambulantisierungsquote**

Eingliederungshilfe unterstützt gezielt das Wohnen in einer eigenen Wohnung, ergänzt durch die individuell geeigneten Hilfen. Die Wirkung lässt sich an den Entwicklungen in stationären Wohnformen ablesen. Bundesweit lagen laut BAGüS-Benchmarking im Jahr 2010 die Zuwachsraten im Durchschnitt bei 0,4 Prozent. Die Kommunen in Schleswig-Holstein entwickeln sich hier 2010 ähnlich: Die Zahl der Menschen, die eine stationäre Betreuung im Heim benötigen stieg in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent jährlich. Im Jahr 2010 betrug der Anstieg im Land 1,1 Prozent.

DARST. 4: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM VOLLSTATIONÄREN WOHNEN 2007-2010

stationäres Wohnen	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Leistungsberechtigte</u>						
Schleswig-Holstein	7.827	7.792	7.906	7.990	1,1%	0,7%
kreisfreie Städte	2.356	2.336	2.364	2.362	-0,1%	0,1%
Kreise	5.471	5.456	5.542	5.628	1,6%	0,9%

Der Anteil der erwachsenen Menschen mit Behinderung, der ambulante Wohnleistungen erhält, hat sich seit 2007 um jährlich 6,5 Prozent erhöht und liegt nun bei 44,1 Prozent. Der Anstieg verlangsamt sich etwas, dies ist aber auch im Zusammenhang zu sehen mit einem geringeren Anstieg im Bereich des ambulant betreuten Wohnens.

DARST. 5: AMBULANTISIERUNGSQUOTE 2007-2010

Ambulantisierungsquote	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Anteil</u>						
Schleswig-Holstein	36,6%	39,1%	42,9%	44,1%	3,0%	6,5%
kreisfreie Städte	37,8%	41,1%	43,8%	45,7%	4,2%	6,5%
Kreise	36,0%	38,2%	42,4%	43,5%	2,5%	6,5%

DARST. 6: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM AMBULANT BETREUTEN WOHNEN 2007-2010

ambulant betreutes Wohnen	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Leistungsberechtigte</u>						
Schleswig-Holstein	5.022	5.570	6.555	6.984	6,5%	7,8%
kreisfreie Städte	1.636	1.836	2.053	2.207	7,5%	10,5%
Kreise	3.386	3.734	4.502	4.777	6,1%	12,2%

▣ **Anstieg in Werkstätten für Menschen mit Behinderung**

Die Zahl der in Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderung steigt stetig. Erstmals seit einigen Jahren hat die Zuwachsquote im Berichtsjahr die Drei-Prozent-Marke erlangt und liegt nun bei 9.876 Personen (+284). Werkstätten ermöglichen zwar Teilhabe am Arbeitsleben, sind aber unter dem Gesichtspunkt der Inklusion nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten.

DARST. 7: LEISTUNGSBERECHTIGTE WFBM

Werkstatt für behinderte Menschen	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Leistungsberechtigte</u>						
Schleswig-Holstein	9.125	9.350	9.592	9.876	3,0%	2,7%
kreisfreie Städte	2.340	2.426	2.512	2.594	3,3%	3,5%
Kreise	6.785	6.924	7.080	7.282	2,9%	2,4%

▣ **Immer mehr Schüler benötigen Unterstützung beim Schulbesuch.**

Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die ohne Integrationshelfer nicht am Schulunterricht teilnehmen können, im zweistelligen Bereich an. In den Kreisen liegt der jährliche Anstieg bei 15 Prozent, in den kreisfreien Städten sogar um 21,5 Prozent. Gleichzeitig bestehen hier nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten.

DARST. 8: LEISTUNGSBERECHTIGTE INTEGRATIONSHELFER

Integrationshelfer	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Leistungsberechtigte</u>						
Schleswig-Holstein	514	624	699	806	15,3%	16,2%
kreisfreie Städte	87	107	143	156	9,1%	21,5%
Kreise	427	517	556	650	16,9%	15,0%

▣ **Weniger Kinder mit heilpädagogischen Leistungen**

Die Zahl der Kinder mit heilpädagogischer Förderung innerhalb der Eingliederungshilfe ist landesweit leicht zurückgegangen. Dabei weisen Kreise mit rückläufigen und kreisfreie Städte mit steigenden Zahlen gegenläufige Entwicklungen auf. Im Berichtsjahr 2008/2009 befasste sich der Benchmarkingskreis intensiv mit kommunalen Möglichkeiten, den Hilfebedarf von Kindern wirkungsvoll zu steuern. Die Entwicklungen wurden von den Kreisen noch einmal evaluiert.

DARST. 9: LEISTUNGSBERECHTIGTE HEILPÄDAGOGISCHE LEISTUNGEN

Heilpädagogische Leistungen	2007	2008	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr (2009)	Ø jährl. Veränd. 2007-2010
<u>Leistungsberechtigte</u>						
Schleswig-Holstein	5.666	6.164	6.474	6.378	-1,5%	4,0%
kreisfreie Städte	1.323	1.425	1.568	1.633	4,1%	7,3%
Kreise	4.343	4.739	4.906	4.745	-3,3%	3,0%

Im Folgenden werden die Entwicklungen in den Leistungsbereichen näher betrachtet.

2. Leistungsberechtigte in der Eingliederungshilfe

In ihrem kürzlich publizierten „World Report On Disability“ stellt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fest, dass der Anteil der Menschen mit Behinderung weltweit steigt. Galt in den 1970-er Jahren noch einer von zehn Menschen als behindert, ist es heute bereits einer von sieben. Mit stetig steigenden Fallzahlen setzen sich auch die Kommunen in Schleswig-Holstein auseinander. Als örtlicher Träger der Sozialhilfe sind sie zuständig für die Gewährung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Am Jahresende 2010 erhielten 29.251 Menschen diese besondere Leistung der Sozialhilfe. Ihre Zahl hat sich zum Vorjahr um 829 Personen oder 2,9 Prozent erhöht. Die Tabelle zeigt die Entwicklungen in den kreisfreien Städten und Kreisen seit 2007.

DARST. 10: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE (2007-2010)

	Leistungsberechtigte Eingliederungshilfe am 31. Dez.				Veränderung 2009-10		Ø jährl. Veränderung 2007-2010
	2007	2008	2009	2010	absolut	%	
Städte	7.748	8.099	8.419	8.674	255	3,0%	3,8%
FL	1.185	1.203	1.304	1.345	41	3,1%	4,3%
KI	2.663	2.760	2.844	3.045	201	7,1%	4,6%
HL	2.570	2.773	2.984	2.995	11	0,4%	5,2%
NMS	1.330	1.363	1.287	1.289	2	0,2%	-1,0%
Kreise	18.268	18.863	20.003	20.577	574	2,9%	4,0%
HEI	1.276	1.282	1.333	1.425	92	6,9%	3,7%
RZ	1.562	1.676	1.673	1.688	15	0,9%	2,6%
NF	1.611	1.635	1.639	1.586	-53	-3,2%	-0,5%
OH	1.694	1.785	1.910	1.941	31	1,6%	4,6%
PI	1.810	1.911	2.602	2.789	187	7,2%	15,5%
PLÖ	972	999	1.073	1.075	2	0,2%	3,4%
RD	2.441	2.618	2.614	2.688	74	2,8%	3,3%
SL	1.776	1.911	1.965	1.943	-22	-1,1%	3,0%
SE	2.080	2.118	2.088	2.187	99	4,7%	1,7%
IZ	1.253	1.161	1.173	1.206	33	2,8%	-1,3%
OD	1.793	1.767	1.933	2.049	116	6,0%	4,5%
Land	26.016	26.962	28.422	29.251	829	2,9%	4,0%

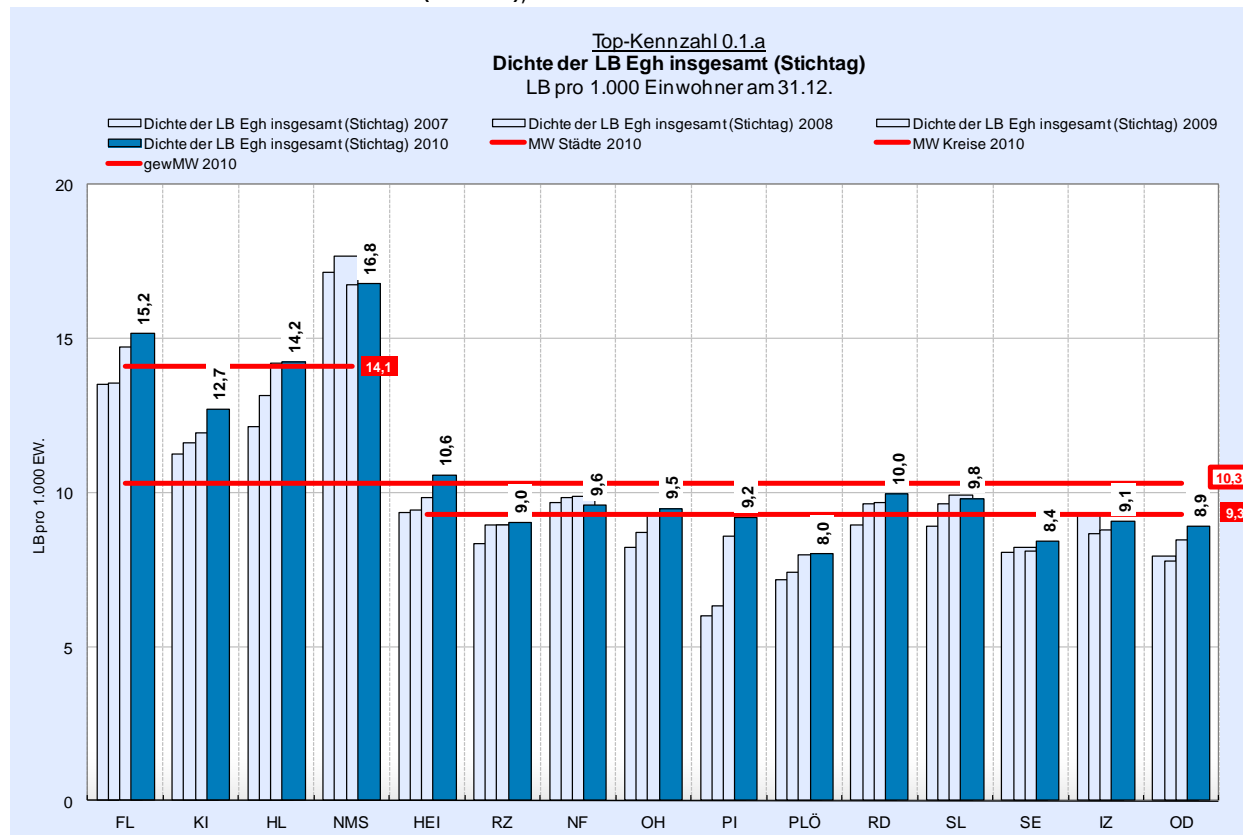
Hinweis Die Veränderungsdaten sind durch die seit 2009 veränderte Zählweise in Pinneberg verzerrt. Bereinigt um diesen Effekt liegt der durchschnittliche jährliche Zuwachs bei Leistungsberechtigten für Schleswig-Holstein von 2007 bis 2010 bei rund 3 Prozent (Städte +3,8 %, Kreise +2,6 %).

Der Rückgang im Kreis Nordfriesland ist durch die konsequente Nutzung der Hilfeplanung, insbesondere in Bezug auf die Ressourcen der Betroffenen, deren Lebensumfeld und Sozialraum, sowie den Aufbau von Fall übergreifenden und fallunspezifischen Projekten ohne Einzelfallbezug zu begründen. Im Kreis Schleswig-Flensburg ergibt sich ein Rückgang durch Datenbereinigung.

Als „Fälle“ gezählt werden diejenigen Personen, die im Dezember tatsächlich eine Leistung der Eingliederungshilfe erhielten. Um vergleichbare Werte zu erhalten, wurden für die folgende Darstellung Dichten aus Leistungsberechtigtenzahlen auf je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner ermittelt. Einer von 100 Schleswig-Holsteinern erhielt Ende 2010 eine Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel SGB XII. Die Dichte-Kennzahl liegt bei 10,33 Leistungsberechtigten je 1.000 Einwohnern. Wie

in den Vorjahren zeigt sich, dass die Städte über deutlich höhere Dichten verfügen als die Kreise und der Zuwachs auch stärker ist.

DARST. 11: DICHTEN DER LB EGH INSGESAMT (STICHTAG), KEZA 0.1.A



Entw. 2009/2010 überdurchschnittlich KI, HEI, PI, SE, OD, unterdurchschnittlich HL, NMS, RZ, OH, PLÖ, SL
 Entw. 2007/2010 überdurchschnittlich KI, HL, PI, OH, OD, unterdurchschnittlich NMS, IZ, NF, SE
 Steigender Trend FL, KI, HL, HEI, OH, PI, stagnierend RZ (mehrere Jahre), NMS, HL, PLÖ (letzte 2 Jahre)

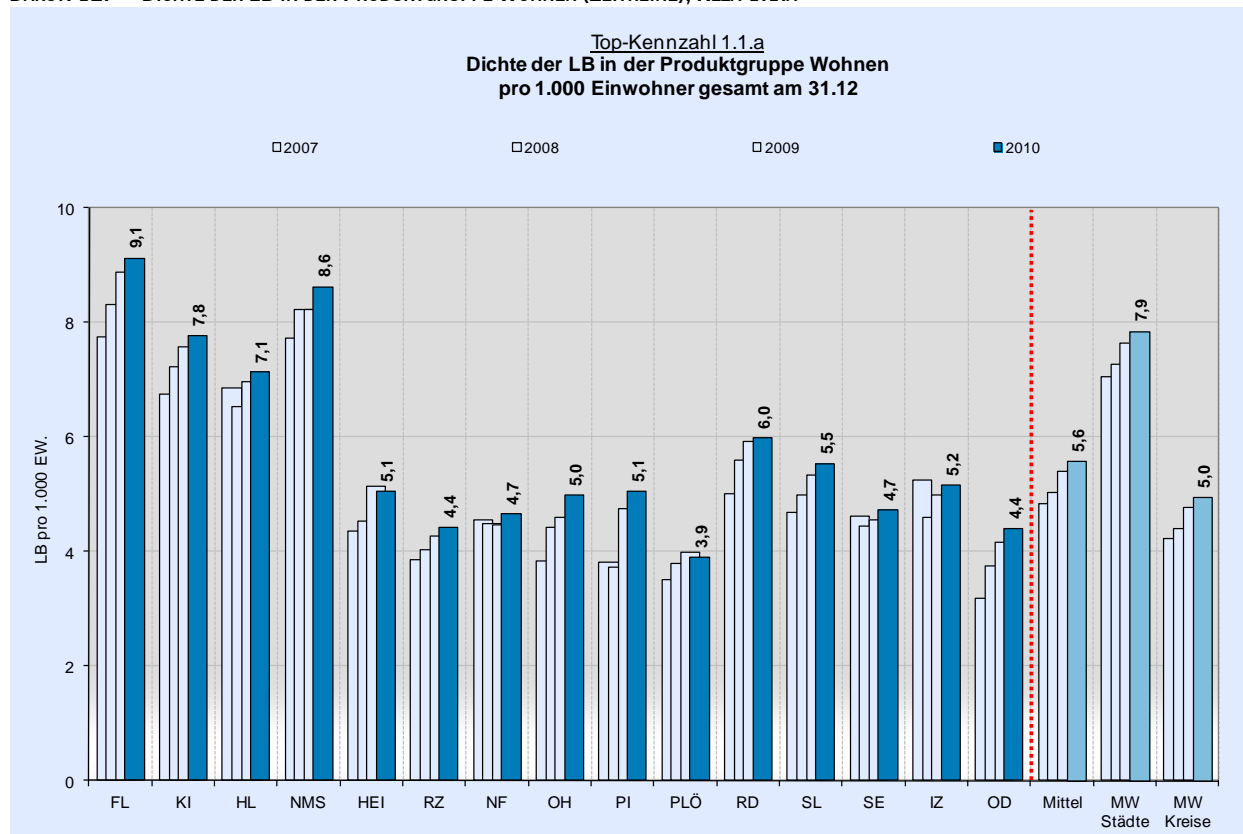
Die meisten Kommunen entwickeln sich entsprechend dem Gesamttrend. Bei den Städten fällt eine höhere Streuung der Werte auf. Hier schwanken die Dichten von 12,8 bis zu 16,8. In den Kreisen, die allesamt unter den Dichten der Städte liegen, ist die Spannweite zwischen den Dichten mit 2,5 Leistungsberechtigten deutlich geringer. Der Landkreis Plön weist mit durchschnittlich 8,0 Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner die niedrigste Dichte in Schleswig-Holstein auf.

Im Durchschnitt erhält eine leistungsberechtigte Person 1,21 Maßnahmen. Im Folgenden werden diese Maßnahmen etwas genauer betrachtet und Entwicklungen dargestellt.

2.1. Produktgruppe Wohnen

Nach wie vor stellen Hilfen für stationäres, teilstationäres und ambulant betreutes Wohnen den größten Teil der Eingliederungshilfe dar. In diesem Bereich steigt entsprechend der Gesamtentwicklung die Zahl der leistungsberechtigten Personen an.

DARST. 12: DICHTEN DER LB IN DER PRODUKTGRUPPE WOHNEN (ZEITREIHE), KEZA 1.1.A

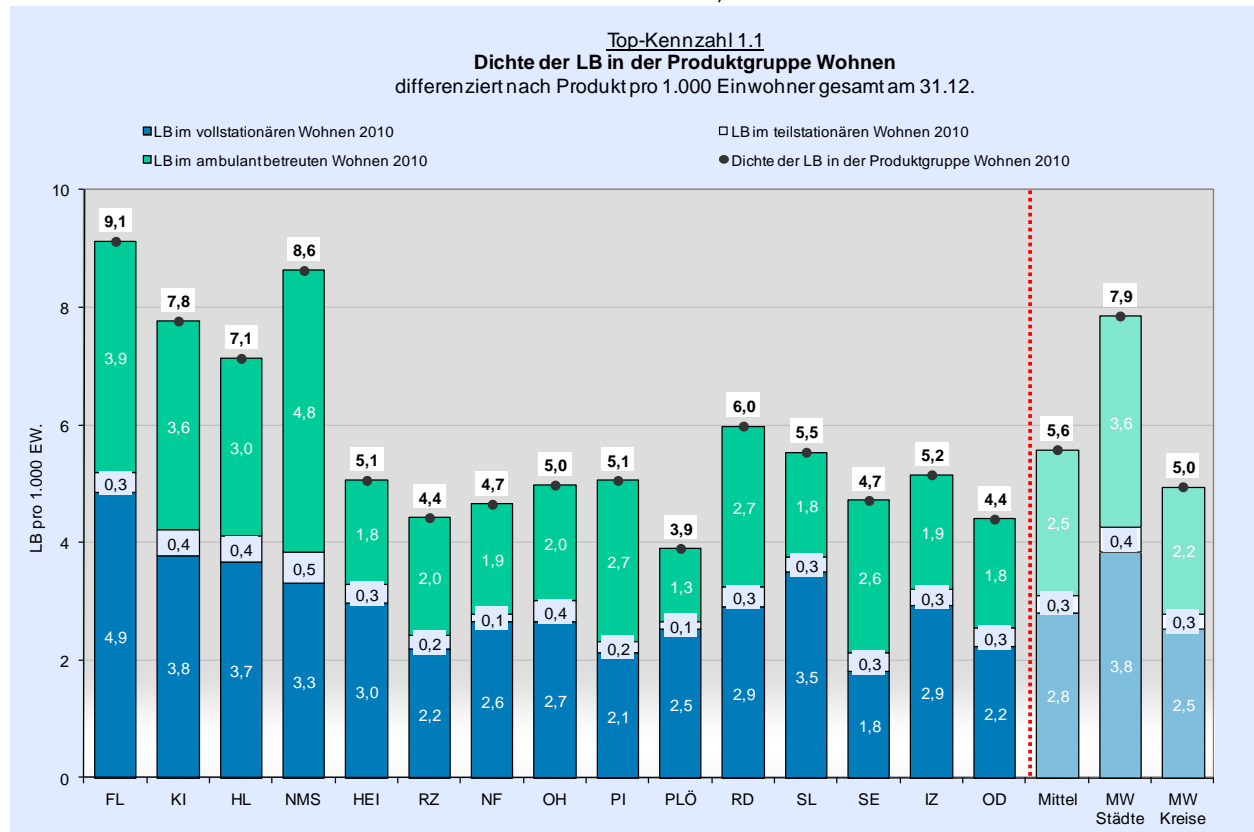


Dichte überdurchschnittlich FL, NMS, RD, SL, unterdurchschnittlich PLÖ, RZ, OD

In der Darstellung der Zeitreihe für die Jahre 2007 bis 2010 zeigen sich vorwiegend steigende Dichten mit der typischen „Trepptchen-Optik“. Insbesondere die Mittelwerte sind stetig gestiegen auf inzwischen 5,6 Menschen pro 1.000 Einwohner. Damit benötigt in Schleswig-Holstein einer von 178 Einwohnern eine Leistung der Eingliederungshilfe im Bereich des Wohnens. Die Spanne zwischen dem höchsten Wert in Flensburg mit 9,1 und der geringsten Dichte in Plön mit 3,9 ist dabei erheblich. Die Dichten für Kreise und Städte liegen auch hier auf unterschiedlichem Niveau. In den Kreisen benötigen im Durchschnitt für 5,0 von 1.000 Menschen Wohnleistungen, während es in den Städten bereits 7,9 Menschen sind.

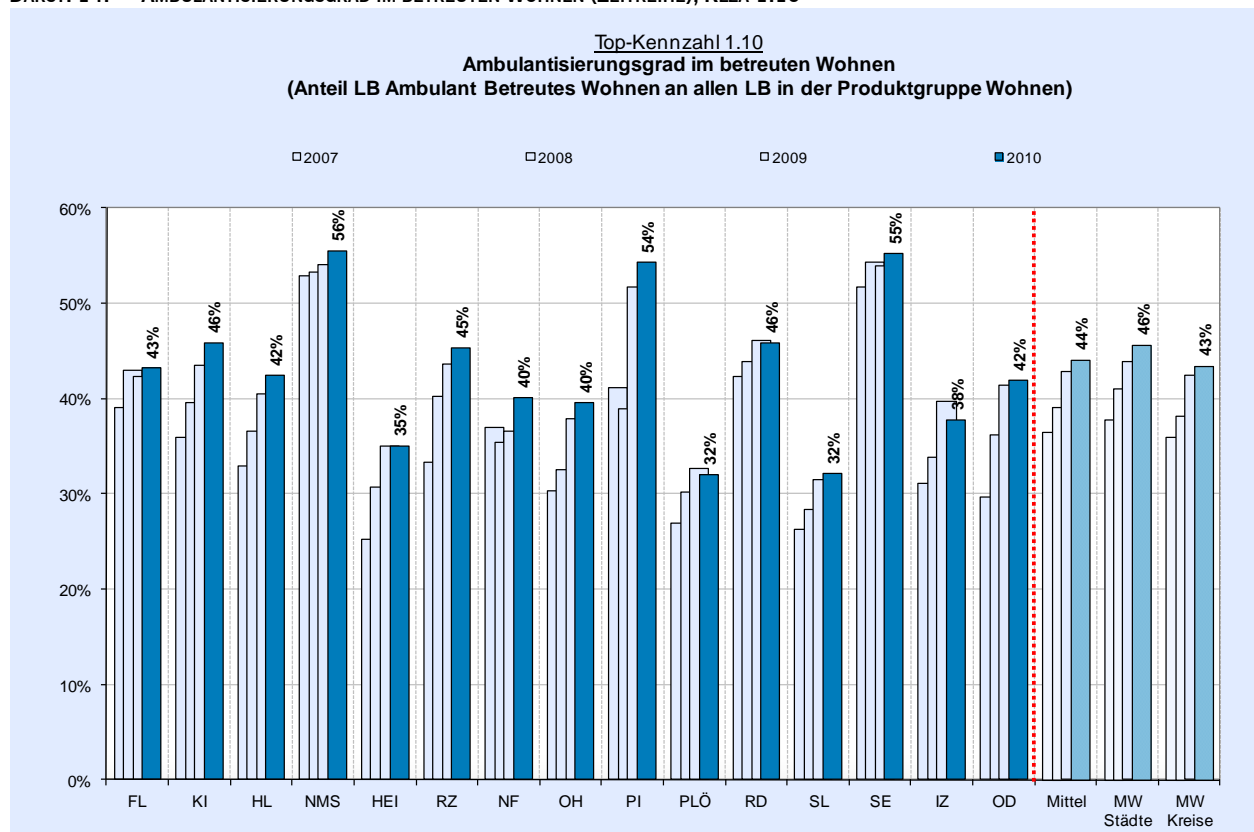
Die steigende Zahl von Wohnleistungen (genauer: der Differenzbetrag aus Zu- und Abgängen) konnten zu 80 Prozent als ambulante Settings mit entsprechender Betreuung organisiert werden. In der Regel ist dies für die Menschen mit Behinderung im Sinne einer inklusiven Teilhabe bedarfsgerechter als die Betreuung in Heimen.

DARST. 13: DICHTEN DER LB IN DER PRODUKTGRUPPE WOHNEN NACH PRODUKT, KEZA 1.1



Stationär überdurchschnittlich FL, SL, HEI, unterdurchschnittlich NMS, SE, PI, RZ, OD
 Teilstationär überdurchschnittlich NMS, unterdurchschnittlich NF, PLÖ
 Ambulant überdurchschnittlich NMS, PI, RD, SE, unterdurchschnittlich HL, HEI, NF, PLÖ, IZ, OD

DARST. 14: AMBULANTISIERUNGSGRAD IM BETREUTEN WOHNEN (ZEITREIHE), KEZA 1.10



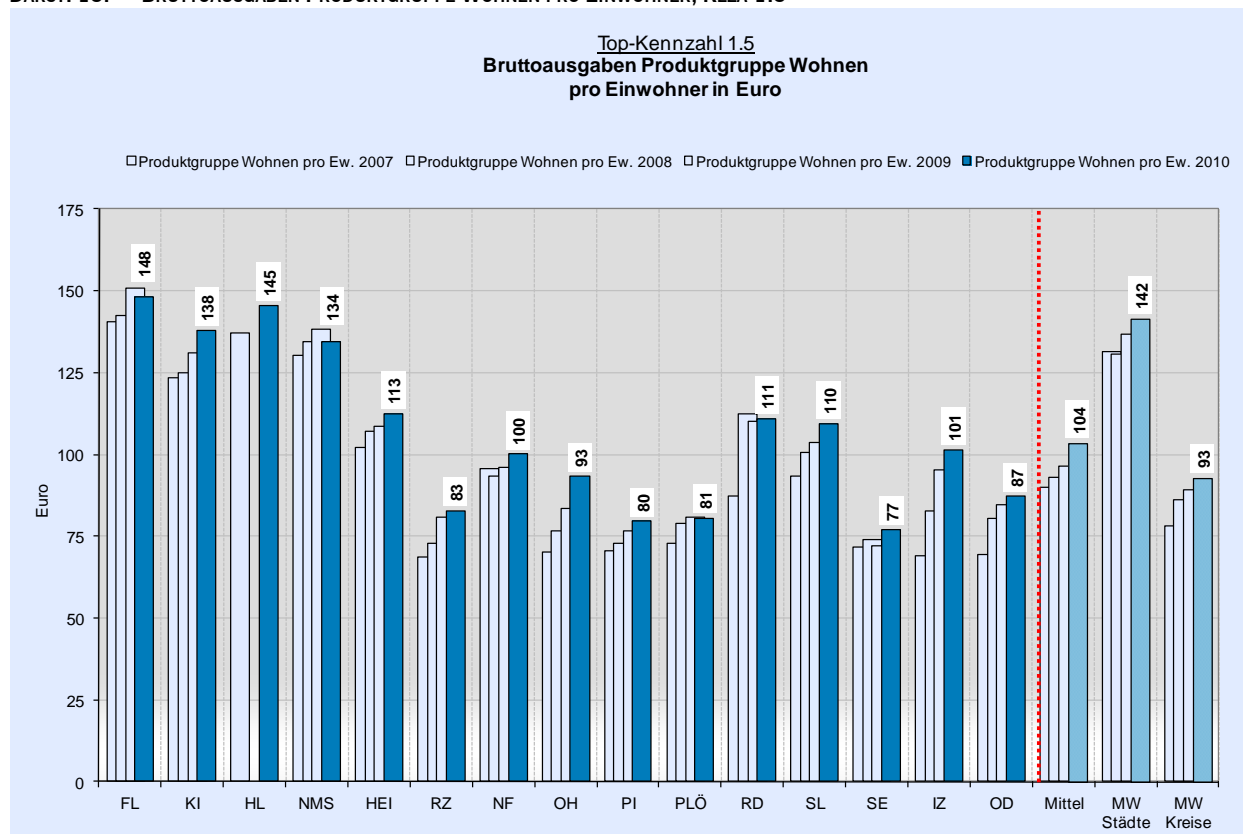
Quote auffällig hoch NMS, PI, SE, auffällig niedrig HEI, PLÖ, SL, stagnierend H EI, PLÖ, RD, SL, IZ
 PI: Notwendige Umstellung der Auswertungssystematik in 2009. Der Mittelwert der Kreise wird davon ebenfalls beeinflusst.

Die nachhaltige Steuerung durch Hilfeplanung verschiebt die Gewichte innerhalb des Wohnens in Richtung ambulanter Settings. Je nach örtlichen Gegebenheiten, Zeitpunkt und Intensität des Hilfeplanverfahrens können sich Unterschiede ergeben. Die Leistungsform „ambulant betreutes Wohnen“ ist bedeutsam, weil sie im Hinblick auf Selbstbestimmung und Teilhabe eine möglichst selbstständige Lebensführung für Menschen mit Behinderung ermöglicht. Gleichzeitig bilden Wohnleistungen einen wichtigen Kostenblock.

Im Mittel aller Kommunen hat sich der Ambulantisierungsgrad von 36,6 Prozent (2007) auf inzwischen 44,1 Prozent (2010) erhöht. In einigen Kommunen sinkt der Anteil der ambulanten Wohnleistungen jedoch wieder. Mögliche Ursachen sind vielfältig und können zurzeit nicht unzweifelhaft benannt werden. Denkbar sind Effekte durch Zugangssteuerung aber auch nicht steuerbare höhere Bedarfe von stationären Leistungen. Bundesweit lag 2010 der Ambulantisierungsgrad bei 40,5 Prozent.

Höchst unterschiedlich ist der finanzielle Aufwand, den die Kommunen für diese Leistungen haben. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden Werte wieder auf je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Die Kosten je Einwohner bewegen sich zwischen 77 Euro im Kreis Segeberg und 149 Euro in der Stadt Flensburg. Im Mittel sind es für alle Kreise und kreisfreien Städte 104 Euro je Einwohner.

DARST. 15: BRUTTOAUSGABEN PRODUKTGRUPPE WOHNEN PRO EINWOHNER, KEZA 1.5



Entwicklung: Überdurchschnittlich KI, RZ, OH, RD, IZ, OD, unterdurchschnittlich NMS, NF, SE, PLÖ

Im Durchschnitt werden von den Kreisen und kreisfreien Städten für Leistungen im Bereich des Wohnens 18.780 Euro pro Leistungsberechtigten und Jahr ausgegeben. Die örtlichen Entwicklungen sind uneinheitlich. Insgesamt steigen die mittleren Fall-

kosten, nachdem sie im Vorjahr sanken. Dies stellt einen Widerspruch zur steigenden Ambulantisierungsquote dar.

DARST. 16: BRUTTOAUSGABEN PRO LB PRODUKTGRUPPE WOHNEN IN EURO

	Bruttoausgaben pro LB				vollstat. Wohnen	teilstat. Wohnen	ambulant betr. Wohnen
	2007	2008	2009	2010	2010	2010	2010
MW Städte	18.325	16.930	17.037	17.487	26.904	21.084	7.394
FL	18.143	17.136	16.989	16.236	24.588	14.824	6.070
KI	18.274	17.303	17.281	17.741	24.857	42.174	7.220
HL	20.027	-	-	20.390	31.144	10.465	8.773
NMS	16.858	16.351	16.840	15.582	27.027	16.874	7.512
MW Kreise	18.880	19.689	19.020	19.250	29.188	16.107	6.944
HEI	23.463	23.591	21.127	22.245	31.519	14.545	8.038
RZ	17.779	18.041	18.944	18.716	30.549	17.095	5.996
NF	21.046	20.848	21.422	21.542	31.670	17.997	7.449
OH	18.279	17.327	18.099	18.724	26.796	16.406	8.288
PI	18.434	19.622	16.148	15.752	28.560	15.764	5.788
PLÖ	20.768	20.882	20.277	20.658	28.402	17.668	5.336
RD	17.417	20.042	18.560	18.551	27.945	15.516	8.918
SL	19.950	20.156	19.422	19.779	26.996	14.178	6.454
SE	15.579	16.608	15.814	16.295	27.700	18.687	8.064
IZ	13.120	18.009	19.105	19.683	29.999	12.604	5.134
OD	21.843	21.452	20.298	19.809	30.935	16.717	6.921
Mittel	18.732	19.098	18.595	18.780	28.579	17.434	7.064

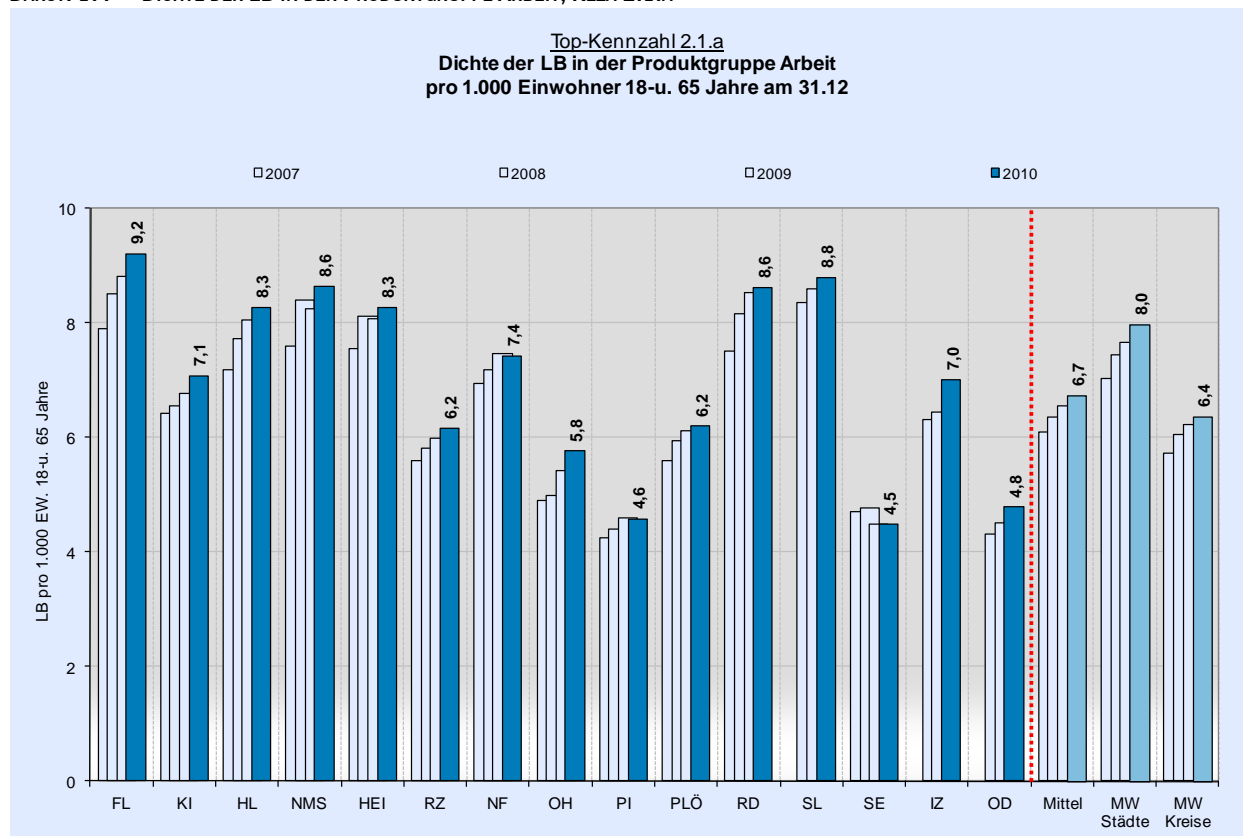
IZ, OD: Es wurden für 2007 hilfsweise Daten der SGB XII-Bundesstatistik verwendet.

2.2. Produktgruppe Arbeit, Beschäftigung und Tagesstruktur

Die Leistungen der Produktgruppe Arbeit, Beschäftigung und Tagesstruktur umfassen wichtige Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung. Ziel ist es, Menschen mit Behinderung ins Arbeitsleben zu integrieren, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen. Der Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt soll dabei gefördert werden.

Ein wichtiger Indikator ist zunächst die Zahl der Leistungsberechtigten je 1.000 Einwohner. Sie wird hier auf die altersgleiche Bevölkerungsgruppe der 18- bis unter 65-jährigen Schleswig-Holsteiner bezogen. Dadurch ist eine Vergleichbarkeit zu anderen Kennzahlenvergleichen möglich.

DARST. 17: DICHTEN DER LB IN DER PRODUKTGRUPPE ARBEIT, KEZA 2.1.A

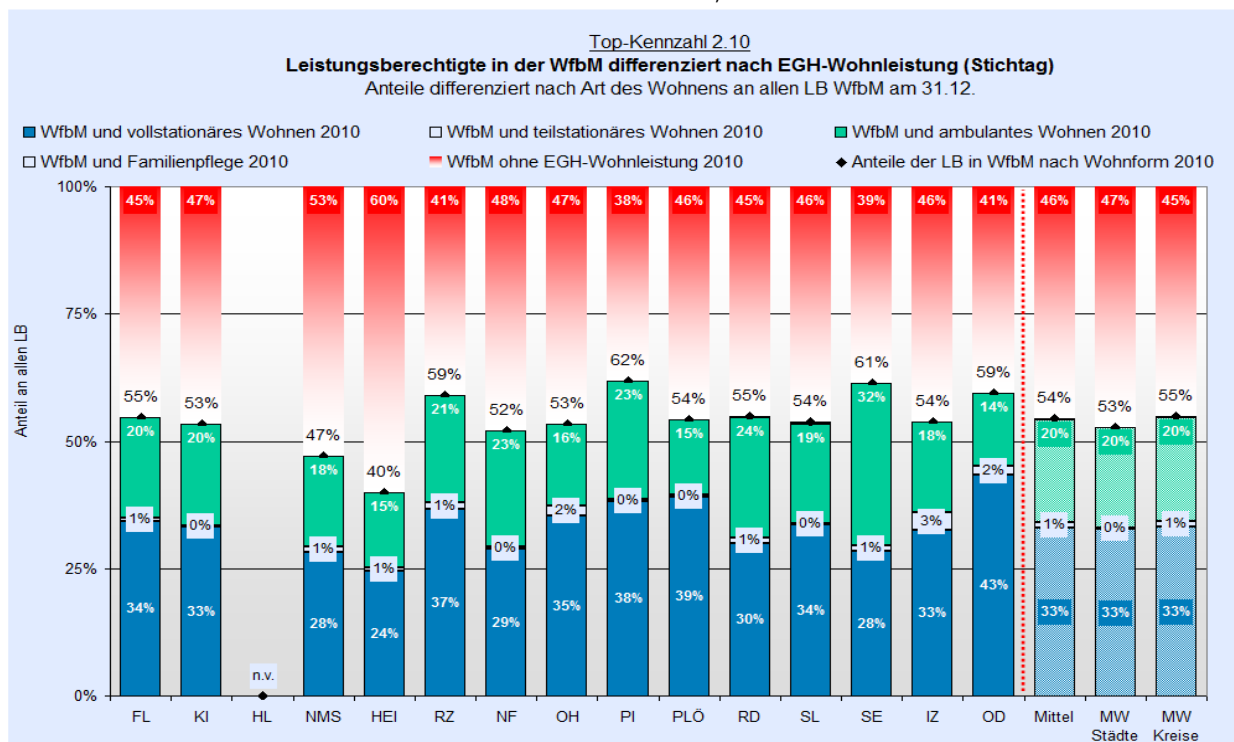


KI, OH: Ohne sonstige tagesstr. Leistungen
 SE Wert 2009 wegen Umstellung der Auswertungssystematik nicht plausibel.
 Bewertung: Überdurchschnittlich FL, RD, SL, HEI, unterdurchschnittlich PI, SE, OD, kein wesentlicher Unterschied zwischen Städten und Kreisen

Die Dichte für diese Leistungen weist einen gewichteten Mittelwert von 6,8 je 1.000 altersgleicher Einwohner auf. Einer von 147 Einwohnern im arbeitsfähigen Alter erhält damit Leistungen der Produktgruppe Arbeit. Es sind keine eindeutigen Niveauunterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen zu erkennen. Wie bereits in den Vorjahren eingehend untersucht, weisen die Kreise um Hamburg durchweg niedrigere Leistungsberechtigten-Dichten auf.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Leistungsberechtigten im Mittel um 3,2 Prozent an. In den Kreisen Nordfriesland und Pinneberg stagnieren die Dichten zum Vorjahr, alle weiteren Kommunen haben Steigerungen zu verzeichnen. Für Schleswig-Holstein ist in der Zeitreihenbetrachtung ein stetiger Anstieg in der Dichte zu erkennen. Früher bereits auf Basis der Demografie prognostizierte Rückgänge sind bisher nicht in Sicht. Der verlangsamte Anstieg wird durch zusätzlich erforderliche sonstige tagesstrukturierende Leistungen ausgeglichen. Im Durchschnitt ist die Leistungsberechtigtenzahl jährlich um 3,6 Prozent gestiegen.

DARST. 18: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN DER WFBM NACH EGH-WOHNLEISTUNG, KEZA 2.10



Bewertung insgesamt: überdurchschnittlich PI, SE, RZ, OD, unterdurchschnittlich NMS, HEI
 stat. Wohnen: überdurchschnittlich RZ, PI, PLÖ, OD, unterdurchschnittlich NMS, HEI, SE
 amb. betr. Wohnen: überdurchschnittlich HEI, OH, PLÖ, OD, unterdurchschnittlich NF, PI, RD, SE

Viele in Werkstätten beschäftigte Menschen mit Behinderung benötigen auch Hilfen im Bereich des betreuten Wohnens. Ihr Anteil stagniert zum Vorjahr bei etwa 54 Prozent.

DARST. 19: BRUTTOAUSGABEN PRO LB PRODUKTGRUPPE ARBEIT

	Bruttoausg. pro LB				WfbM	Tagesförderstätten	Tagesstätten für seel. beh. Menschen	Arbeits- u. Beschäftigungsprojekte	sonst. Beschäftigungsst.	sonst. Tagesstr. Leistungen
	2007	2008	2009	2010						
MW Städte	15.452	14.200	15.361	15.117	14.934	21.934	14.859	14.866	22.107	9.273
FL	-	13.465	14.870	14.554	14.406	24.105	15.669	14.482	17.317	11.979
KI	-	-	15.354	15.742	15.537	20.078	13.739	14.860	0	-
HL	-	-	-	14.255	14.297	23.550	16.176	10.517	0	-
NMS	15.452	15.155	16.033	16.383	15.910	26.840	13.944	18.018	51.286	4.827
MW Kreise	13.960	14.351	14.690	15.232	15.036	24.936	14.357	14.989	15.371	9.933
HEI	14.259	14.845	15.822	16.265	15.586	29.187	-	20.817	0	30.963
RZ	-	-	14.810	14.214	14.207	20.270	13.253	23.754	3.406	11.454
NF	-	14.993	15.138	16.181	15.637	21.795	15.753	23.219	22.925	-
OH	14.153	14.770	14.549	14.747	14.575	24.686	10.866	13.603	10.952	-
PI	12.737	12.777	12.560	14.585	14.871	21.726	12.589	13.992	13.519	-
PLÖ	13.395	13.782	14.356	14.427	13.838	28.514	14.968	15.262	0	0
RD	14.709	14.883	14.636	15.368	15.443	24.132	12.702	11.877	22.747	12.905
SL	-	13.303	14.149	14.830	15.259	22.700	12.513	13.998	10.669	6.063
SE	-	14.640	16.001	17.003	15.534	41.931	17.991	23.146	-	0
IZ	-	14.313	15.019	14.636	14.240	24.344	13.740	25.114	66.463	19.830
OD	-	15.454	15.423	15.106	15.207	19.252	17.238	7.959	9.519	11.649
Mittel	14.091	14.335	14.819	15.201	15.009	23.994	14.503	14.940	15.890	9.801

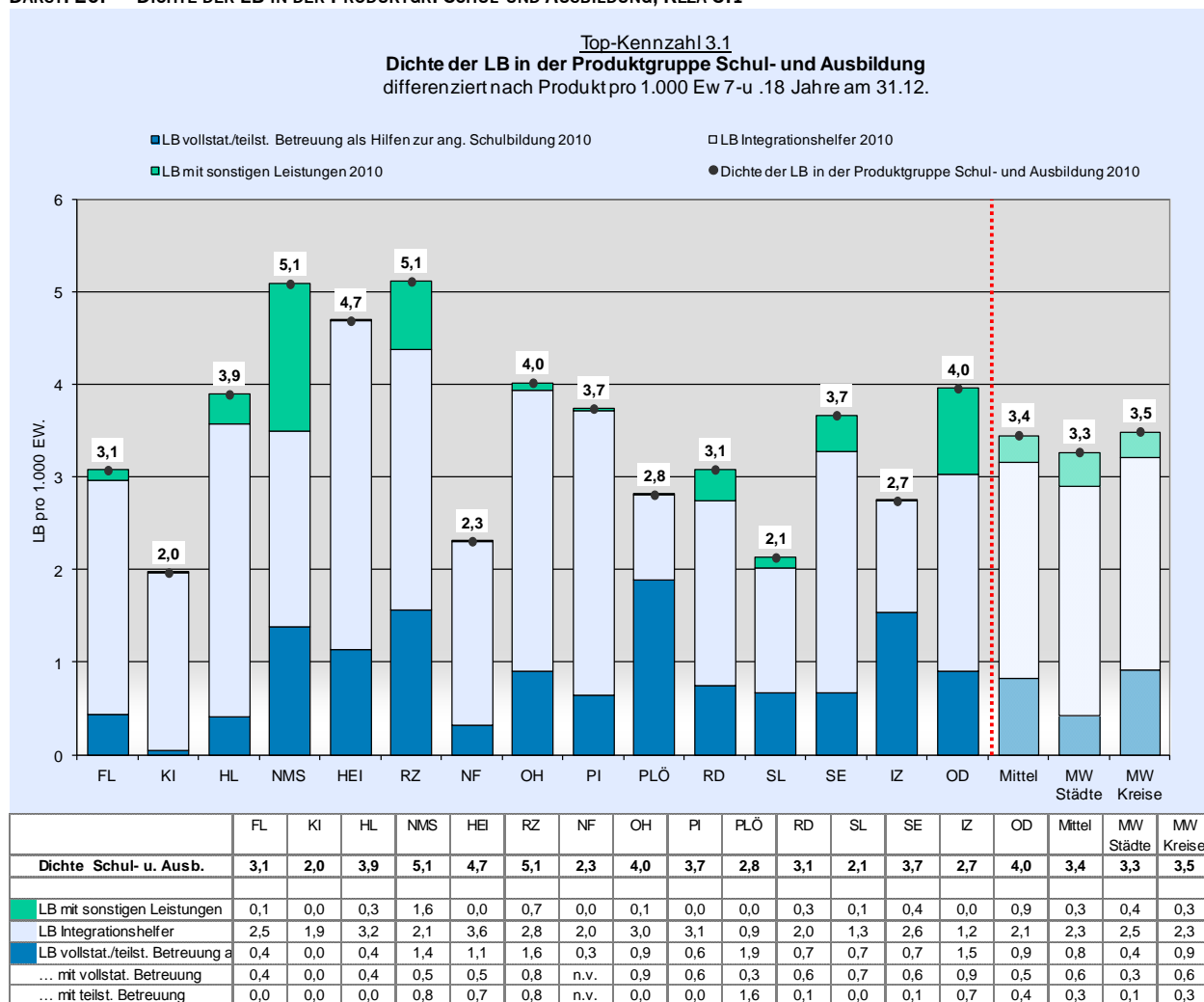
Die sogenannten Fallkosten oder Bruttoausgaben pro Leistungsberechtigten sind wiederum gestiegen (+2,7%). Sie liegen nun bei rund 15.201 Euro. Im Durchschnitt wurde seit 2007 ein jährlicher Anstieg um 3,1 Prozent ermittelt. Damit steigen die im Bundesvergleich hohen Fallkosten weiter an. Im Bundesvergleich wurden in 2010 mit 13.593 Euro rund 1.600 Euro weniger pro WfbM-Besucher aufgewendet.

Darstellung 19 zeigt die Entwicklung der Fallkosten in der Zeitreihe sowie für die einzelnen Leistungen der Produktgruppe. Die Angaben zu „sonstigen tagesstrukturierenden Leistungen“ sind in einem Teil der Kreise und kreisfreien Städte leider noch nicht im Detail darstellbar. Im Rahmen steigender Personenzahlen im „Rentenalter“ sind Entwicklungen in diesem Bereich für die Kommunen von Interesse.

2.3. Produktgruppe Hilfen zur angemessenen Schul- und Ausbildung

Hilfen für eine angemessene Schul- und Ausbildung rücken vor dem Hintergrund der aktuellen Inklusionsbemühungen stärker in den Vordergrund. Der Besuch von Förderzentren soll durch den gemeinsamen Besuch der Schule von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung abgelöst werden. Insgesamt erhalten in Schleswig-Holstein 1.193 Kinder und junge Erwachsene diese Leistungen. Es handelt sich damit um eine relativ kleine Personenzahl, die in den vergangenen Jahren jedoch deutliche Zuwächse aufweist. Die Zahl hat sich zum Vorjahr um gut ein Zehntel erhöht (+9,9 %, +107 LB). Die dargestellten Entwicklungen sind nach Einschätzung der Kommunen plausibel und nachvollziehbar.

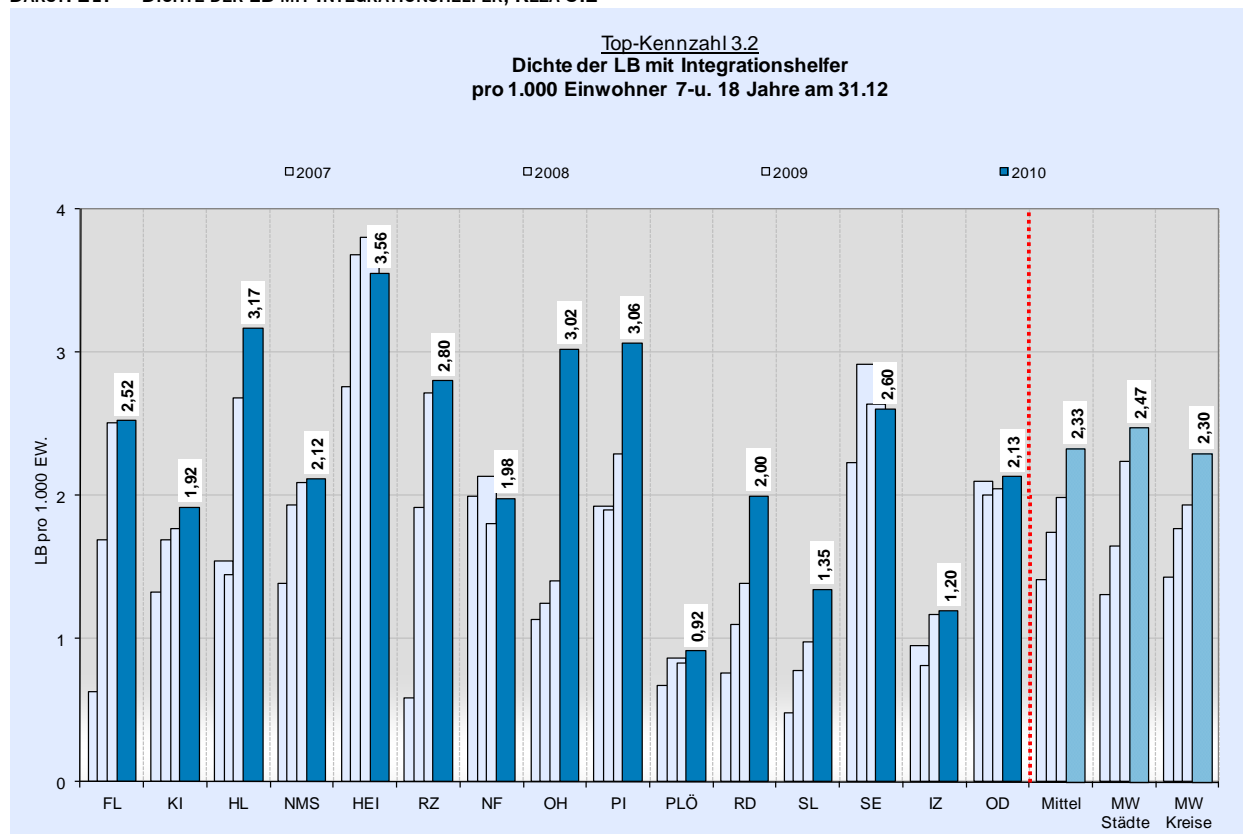
DARST. 20: DICHTEN DER LB IN DER PRODUKTGR. SCHUL-UND AUSBILDUNG, KEZA 3.1



Bewertung: Insgesamt überdurchschnittlich NMS, HEI, RZ, unterdurchschnittlich KI, NF, SL
 Internate überdurchschnittlich NMS, RZ, PLÖ, IZ, unterdurchschnittlich KI, NF
 I-Helfer überdurchschnittlich HEI, HL, FL, RZ, OH, PI, unterdurchschnittlich PLÖ, SL, IZ

Die Zahl der Menschen, die durch die Gewährung eines Integrationshelfers der Besuch einer Schule ermöglicht wird, weist eine bemerkenswerte Entwicklung auf. Die Zahl der Maßnahmen hat sich um mehr als 15 Prozent von 699 auf 806 Leistungsberechtigte erhöht. Hier zeigen sich Verschiebungen von schulischen Aufgaben in der Zuständigkeit des Landes auf die kommunale Seite. Gleichzeitig spiegeln sich ungünstige gesellschaftliche Trends in Bezug auf den Förderbedarf von Schülern wider. Effekte durch die gezielte inklusive Beschulung zeigen hier vermutlich noch keine relevante Wirkung. Inzwischen benötigt einer von rund 440 Schülern einen Integrationshelfer.

DARST. 21: DICHTEN DER LB MIT INTEGRATIONSHELFER, KEZA 3.2



Die Darstellung zur Kennzahl 3.2 zeigt die Zahl der bewilligten Maßnahmen je 1.000 altersgleiche Kinder und junge Erwachsene. Insgesamt sind die Zuwächse in den Kommunen valide – der Bedarf steigt. Die Kommunen sehen sich hier als Ausfallbürgen für den Schulbereich. Denn selbst der Besuch von Förderzentren ist, ohne Integrationshelfer teilweise nicht mehr zu realisieren. Diese Entwicklung möchten die Kommunen in Zukunft näher betrachten und werden die Zahl der entsprechenden Maßnahmen in Förderzentren zusätzlich erheben, um einen genaueren Blick auf diese Entwicklung zu werfen.

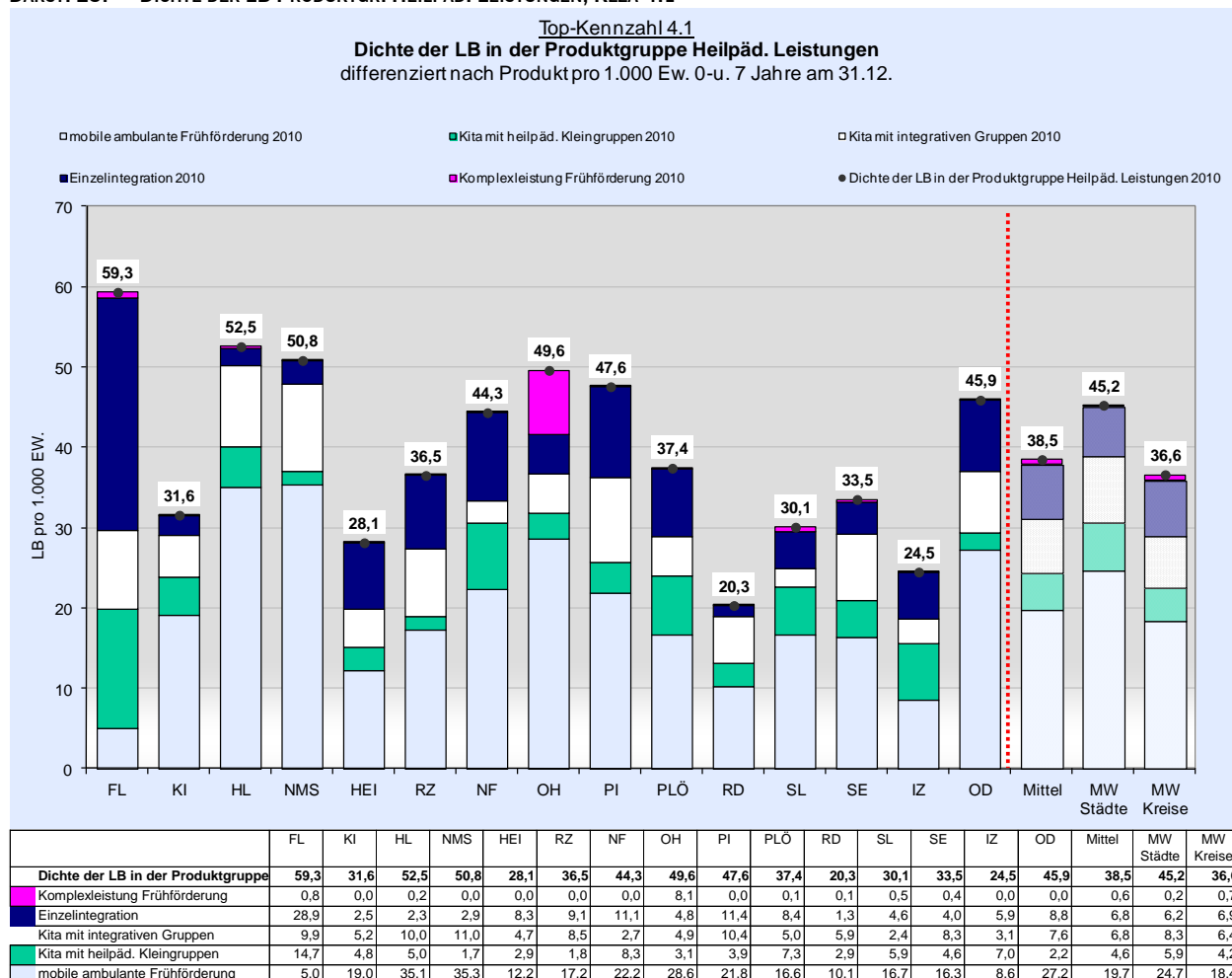
2.4. Produktgruppe Heilpädagogische Leistungen für noch nicht eingeschulte Kinder

Die Zahl der behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Kinder, die heilpädagogische Leistungen erhalten, sinkt im Benchmarkingjahr 2010 um 1,5 Prozent. Teilweise sind die Rückgänge Folge eines Ausbaus der Hilfeplanung auch für heilpädagogische Leistungen.

DARST. 22: LEISTUNGSBERECHTIGTE PRODUKTGR. HEILPÄDAGOGISCHE LEISTUNGEN FÜR KINDER (2007-2010)

	Leistungsberechtigte Produktgruppe Heilpäd. Leistungen für Kinder				Veränderung 2009-10		Ø jährl. Veränderung 2007-2010
	2007	2008	2009	2010	absolut	%	
Städte	1.323	1.425	1.568	1.633	65	4,1%	7,3%
FL	275	253	292	306	14	4,8%	3,6%
KI	290	337	382	436	54	14,1%	14,6%
HL	450	530	608	646	38	6,3%	12,8%
NMS	308	305	286	245	-41	-14,3%	-7,3%
Kreise	4.343	4.739	4.906	4.745	-161	-3,3%	3,0%
HEI	172	196	220	214	-6	-2,7%	7,6%
RZ	425	516	455	417	-38	-8,4%	-0,6%
NF	449	452	444	409	-35	-7,9%	-3,1%
OH	516	552	578	504	-74	-12,8%	-0,8%
PI	635	701	849	884	35	4,1%	11,7%
PLÖ	207	257	273	263	-10	-3,7%	8,3%
RD	296	338	298	327	29	9,7%	3,4%
SL	347	394	409	352	-57	-13,9%	0,5%
SE	482	570	575	538	-37	-6,4%	3,7%
IZ	232	223	194	183	-11	-5,7%	-7,6%
OD	582	540	611	654	43	7,0%	4,0%
Summe	5.666	6.164	6.474	6.378	-96	-1,5%	4,0%

DARST. 23: DICHTEN DER LB PRODUKTGR. HEILPÄD. LEISTUNGEN, KEZA 4.1

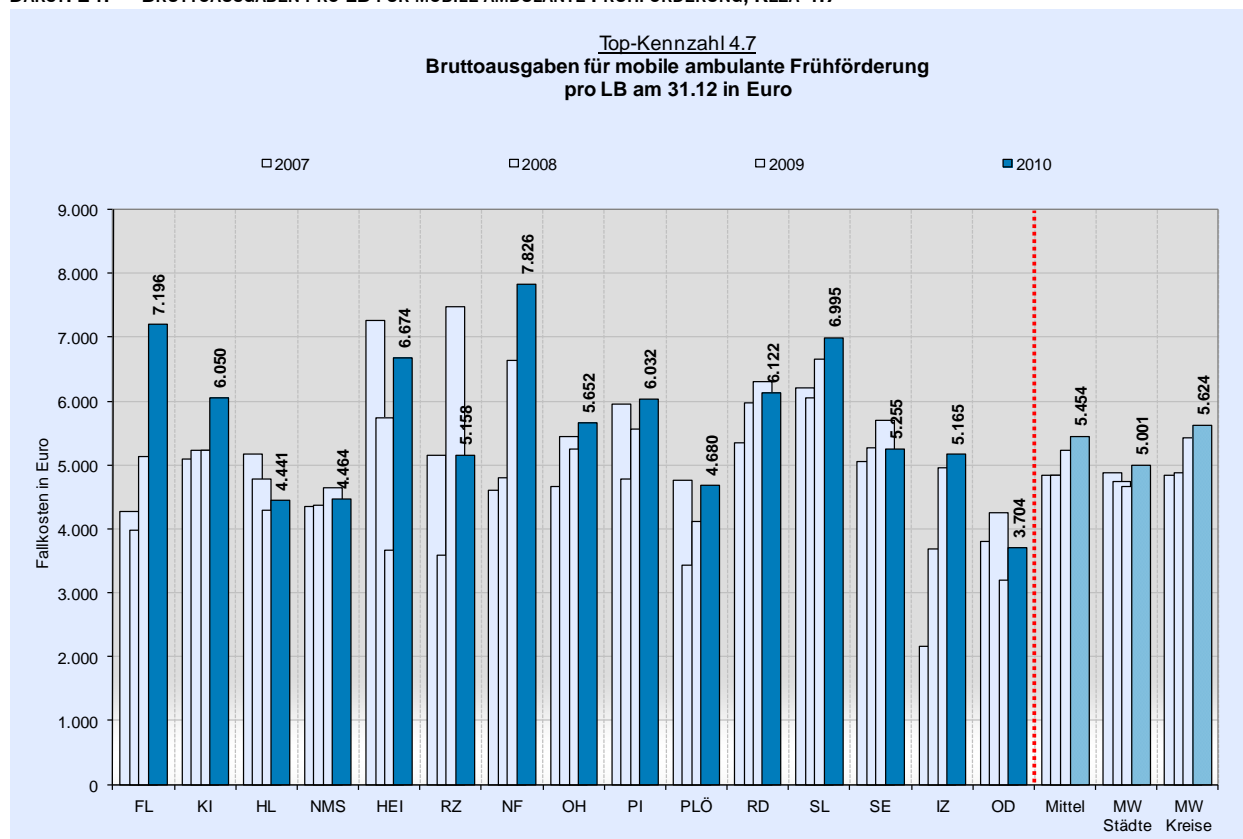


Bewertung: Insgesamt: überdurchschnittlich FL, OH, PI, OD unterdurchschnittlich KI, HEI, RD, IZ
 mob. amb. Frühförd.: überdurchschnittlich HL, NMS, OH, unterdurchschnittlich FL, HEI, RD, IZ
 heilpäd. Kita: überdurchschnittlich FL, NF, PLÖ, IZ, unterdurchschnittlich NMS, RZ, OD
 Einzel-Integration: überdurchschnittlich FL, NF, PI, unterdurchschnittlich KI, HL, RD

Die Kommunen haben entsprechend ihrer Zielsetzungen und Rahmenbedingungen recht unterschiedliche Dichten im Produktbereich für Kinder. Die Dichten bewegen sich zwischen 20,3 und 59,3 LB pro 1.000 altersgleiche Kinder. Die Zahl der Leistungsberechtigten mit der Komplexleistung interdisziplinäre Frühförderung, die von unterschiedlichen Reha-Trägern gemeinsam erbracht wird, hat lediglich in Ostholstein eine relevante Zahl erreicht.

Zusätzlich verursachen jedoch die im Hintergrund laufenden Abrechnungsmodalitäten mit Leistungserbringern Probleme bei der periodengerechten Zuordnung. Einen besseren Überblick bietet daher die Entwicklung 2007 bis 2010, die einen Anstieg um durchschnittlich 4,0 Prozent von 5.666 auf jetzt 6.378 Kinder aufweist.

DARST. 24: BRUTTOAUSGABEN PRO LB FÜR MOBILE AMBULANTE FRÜHFÖRDERUNG, KEZA 4.7



Aufgrund der eingangs beschriebenen Abrechnungsproblematik zeigen sich auch hinsichtlich der Fallkosten für die mobile ambulante Frühförderung größere Schwankungen. Ursachen liegen insbesondere wieder bei der periodengenauen Abgrenzung der Daten bzw. Verzerrungen zum Stichtag. Die eher kürzere Dauer der mobilen ambulanten Frühförderung wirkt sich bei der Stichtagszählung verstärkt aus. Häufig werden diese Leistungen durch kleinere Anbieter erbracht, die ihre Leistung zum Teil erst zeitlich verzögert abrechnen. Die exakte Zuordnung von Fall- und Finanzdaten ist daher nicht immer möglich. Außerdem stellen die recht unterschiedlichen Vergütungssätze der Leistungsanbieter einen weiteren Aspekt dar.

3. Bruttoausgaben

Wurden in 2007 noch 492 Mio. Euro für Leistungen der Eingliederungshilfe bezahlt, so sind es nun rund 570 Mio. Euro. Im Durchschnitt sind die Bruttoausgaben damit jährlich um 5 Prozent angestiegen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung in den einzelnen Gebietskörperschaften differenziert dar.

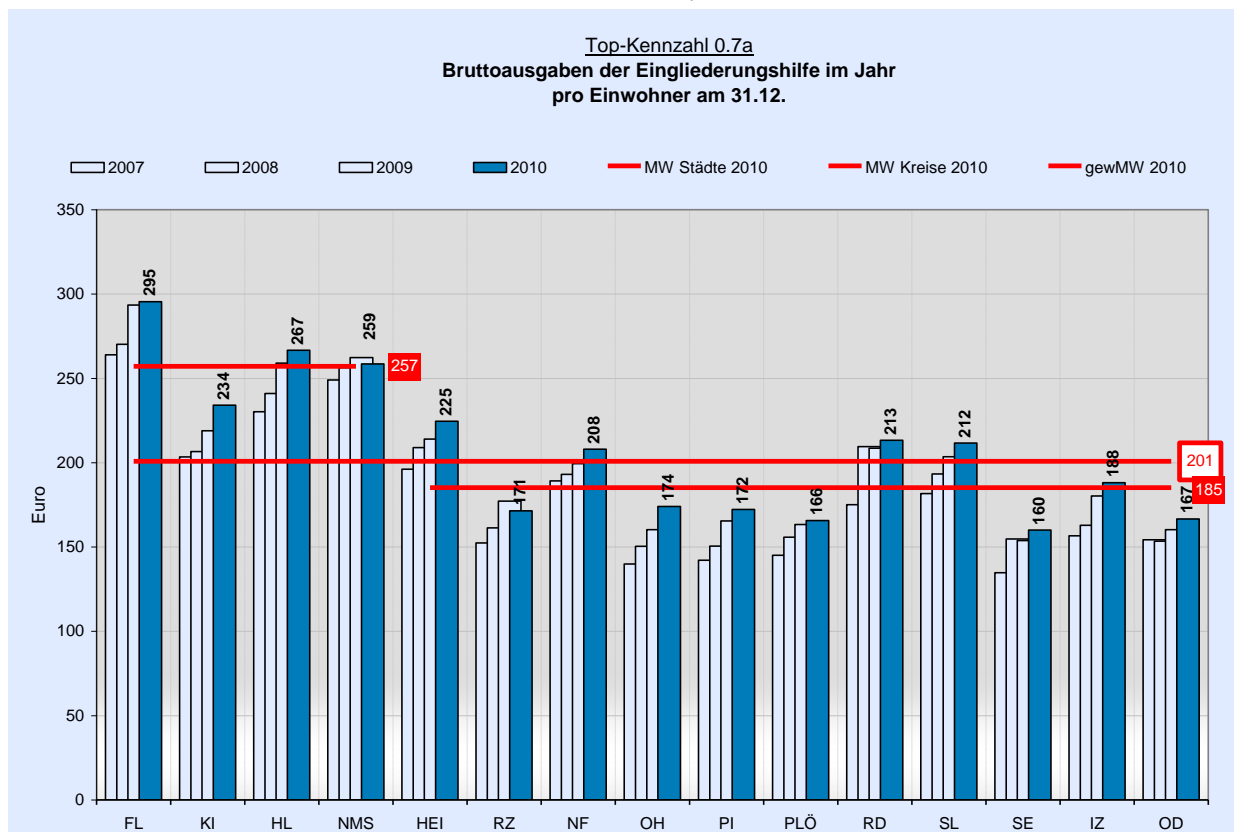
DARST. 25: BRUTTOAUSGABEN FÜR EINGLIEDERUNGSHILFE (ABSOLUT), BAZA 0.2

	Gesamtbruttoausgaben für Eingliederungshilfe				Veränderung 2009-10		Ø jährl. Veränderung 2007-2010
	2007	2008	2009	2010	absolut	%	
Städte	139.389.792	143.637.252	152.726.462	158.230.502	5.504.040	3,6%	4,3%
FL	23.175.079	23.966.033	25.967.508	26.221.631	254.123	1,0%	4,2%
KI	48.195.544	49.074.231	52.175.381	56.075.910	3.900.529	7,5%	5,2%
HL	48.699.301	50.838.895	54.413.696	56.065.667	1.651.971	3,0%	4,8%
NMS	19.319.868	19.758.093	20.169.877	19.867.294	-302.583	-1,5%	0,9%
Kreise	352.745.917	379.736.557	397.043.740	410.948.894	13.905.154	3,5%	5,2%
HEI	26.763.095	28.358.416	28.945.308	30.267.848	1.322.540	4,6%	4,2%
RZ	28.510.554	30.154.974	33.063.792	32.037.116	-1.026.676	-3,1%	4,0%
NF	31.530.327	32.094.563	33.056.672	34.411.641	1.354.969	4,1%	3,0%
OH	28.774.414	30.860.873	32.842.698	35.574.457	2.731.759	8,3%	7,3%
PI	42.846.620	45.378.701	50.018.975	52.277.385	2.258.410	4,5%	6,9%
PLÖ	19.644.179	21.017.140	21.973.208	22.242.011	268.803	1,2%	4,2%
RD	47.696.424	56.849.779	56.438.703	57.520.942	1.082.239	1,9%	6,4%
SL	36.168.099	38.390.459	40.384.127	41.879.655	1.495.528	3,7%	5,0%
SE	34.815.597	39.920.978	39.699.493	41.467.795	1.768.302	4,5%	6,0%
IZ	21.088.588	21.839.056	24.036.538	24.996.929	960.391	4,0%	5,8%
OD	34.908.020	34.871.618	36.584.226	38.273.115	1.688.889	4,6%	3,1%
Land	492.135.709	523.373.809	549.770.202	569.179.396	19.409.194	3,5%	5,0%

- HL durch die Einführung der Doppik mit Beginn des Jahres 2010 sind erwartungsgemäß Verschiebungen in den Zahlungsströmen eingetreten. Dadurch sind im Jahr 2010 rund 13 Monate in die Ausgaben eingeflossen, ggf. auch auf der Einnahmeseite
- NF Der Anstieg der Bruttoausgaben erklärt sich z. T. durch die Reduzierung des Bearbeitungsstaus in der Abrechnungsstelle und Nachzahlungen in 2010.
- RZ Wert 2009 bedingt durch die Umstellung zum doppischen Haushalswesen. Real ergibt sich auf für RZ eine moderate Ausgabensteigerung.

Rückgänge in den Kommunen sind teilweise noch Folge der Doppik-Umstellung. So hat die Stadt Neumünster wegen der Umstellung des Haushaltssystems im Jahr 2009 Ausgaben für 13 Monate verbucht. Nachdem die Ausgabewerte 2010 wieder regulär 12 Monate umfassen, ergibt sich ein technisch bedingter Rückgang bei den Kosten.

DARST. 26: BRUTTOAUSGABEN PRO EW. FÜR EINGLIEDERUNGSHILFE IM JAHR, KEZA 0.7.A



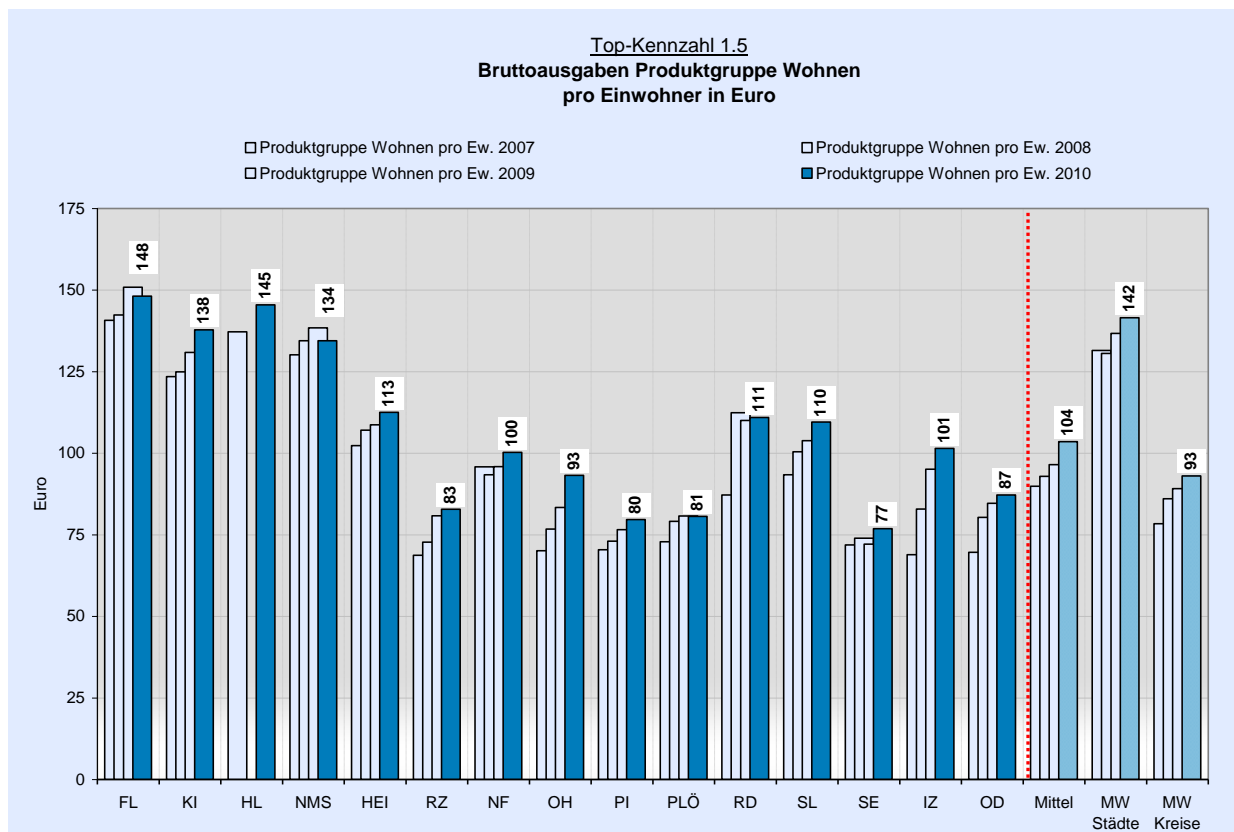
Aufgrund der doppischen Haushaltsführung sind die Ausgabewerte teilweise vorläufig.

Bezogen auf die Einwohnerzahl schlägt die Eingliederungshilfe mit 201 Euro pro Einwohner Schleswig-Holsteins zu Buche. Dabei ergibt sich eine Spreizung von 160 Euro im Kreis Segeberg bis hin zu 295 Euro in der Stadt Flensburg.

DARST. 27: BRUTTOAUSGABEN PRO EW. PRODUKTGR. WOHNEN IN EURO NACH LEISTUNGEN

	Produktgruppe Wohnen pro Ew.				Veränderung 2009 zu 2010		Ø jährl. Veränd. 2007-2010	vollstat. Wohnen 2010	teilstat. Wohnen 2010	ambulant betr. Wohnen 2010
	2007	2008	2009	2010	abs.	%				
Städte	132	131	137	142	5	3,5%	2,5%	104	10	27
FL	141	142	151	148	-3	-1,8%	1,7%	119	5	24
KI	123	125	131	138	7	5,3%	3,7%	94	18	26
HL	137			145	-	-	2,0%	114	5	27
NMS	130	134	138	134	-4	-2,8%	1,1%	90	9	36
Kreise	78	86	89	93	4	4,3%	5,9%	73	4	15
HEI	102	107	109	113	4	3,5%	3,2%	94	5	14
RZ	69	73	81	83	2	2,5%	6,4%	67	4	12
NF	96	93	96	100	4	4,5%	1,5%	84	3	14
OH	70	77	83	93	10	11,8%	10,0%	71	6	16
PI	70	73	77	80	3	4,1%	4,2%	61	3	16
PLÖ	73	79	81	81	0	-0,2%	3,4%	72	2	7
RD	87	112	110	111	1	0,8%	8,4%	82	5	24
SL	93	100	104	110	6	5,5%	5,5%	94	4	11
SE	72	74	72	77	5	6,6%	2,3%	50	6	21
IZ	69	83	95	101	6	6,7%	13,8%	88	3	10
OD	70	80	85	87	3	3,0%	7,8%	69	5	13
Land	90	93	96	104	7	7,3%	4,8%	80	6	18

DARST. 28: BRUTTOAUSGABEN PRO EW. IN DER PRODUKTGR. WOHNEN IN EURO



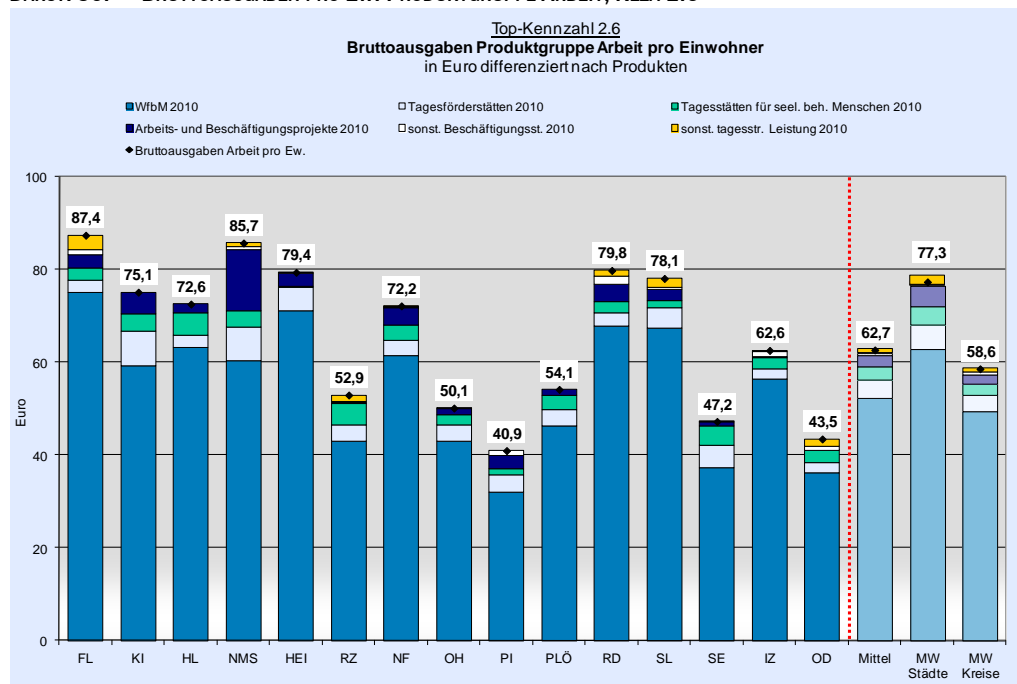
Die Bruttoausgaben je Einwohner für das betreute Wohnen (stationär, teilstationär oder ambulant) betragen 104 Euro und sind ebenfalls rund 5 Prozent höher als im Vorjahr. In 2009 betragen diese noch 96 Euro. Die Werte schwanken zwischen 77 und 148 Euro, wobei wegen der Umstellung auf die doppische Haushaltssystematik in einigen Kommunen die Werte als vorläufig zu betrachten sind.

DARST. 29: BRUTTOAUSGABEN PRO EW. PRODUKTGR. ARBEIT

	Bruttoausg. pro Ew.				WfbM	Tagesförderstätten	Tagesstätten für seel. beh. Menschen	Arbeits- u. Beschäftigungsprojekte	sonst. Beschäftigungsst.	sonst. Tagesstr. Leistungen
	2007	2008	2009	2010						
MW Städte	65,5	76,7	75,1	77,3	63,0	5,2	3,9	4,5	0,3	2,1
FL		76,8	85,2	87,4	75,0	2,7	2,6	2,8	1,2	3,1
KI	63,8		69,9	75,1	59,2	7,5	3,8	4,6	0,0	
HL				72,6	63,1	2,8	4,7	2,0	0,0	
NMS	70,7	76,7	79,6	85,7	60,3	7,3	3,4	13,1	0,7	0,9
MW Kreise	50,2	52,5	55,0	58,6	49,3	3,6	2,5	1,9	0,6	0,9
HEI	63,2	70,8	75,0	79,4	71,0	5,2	0,2	2,8	0,0	0,2
RZ			53,2	52,9	42,9	3,6	4,6	0,3	0,1	1,5
NF	58,2	64,1	67,5	72,2	61,4	3,3	3,3	3,6	0,3	0,2
OH	41,2	43,5	46,5	50,1	43,0	3,5	2,1	1,5	0,1	
PI	33,2	34,4	35,3	40,9	31,9	3,8	1,3	2,8	1,2	
PLÖ	45,4	49,4	53,0	54,1	46,2	3,6	3,1	1,3	0,0	0,0
RD	66,6	73,0	75,0	79,8	67,8	2,9	2,4	3,9	1,6	1,3
SL		66,2	72,5	78,1	67,5	4,2	1,5	2,5	0,4	1,9
SE		43,2	44,3	47,2	37,2	4,9	4,1	0,9	0,2	0,0
IZ		54,7	58,7	62,6	56,5	2,0	2,6	0,2	1,0	0,3
OD		40,1	41,7	43,5	36,1	2,2	2,7	0,1	0,7	1,6
Mittel	53,3	54,3	58,1	62,7	52,3	3,9	2,8	2,5	0,5	1,0

HL, KI, OH, PI Wert Bruttoausgaben pro Ew. 2010 ohne sonstige tagesstr. Leistungen

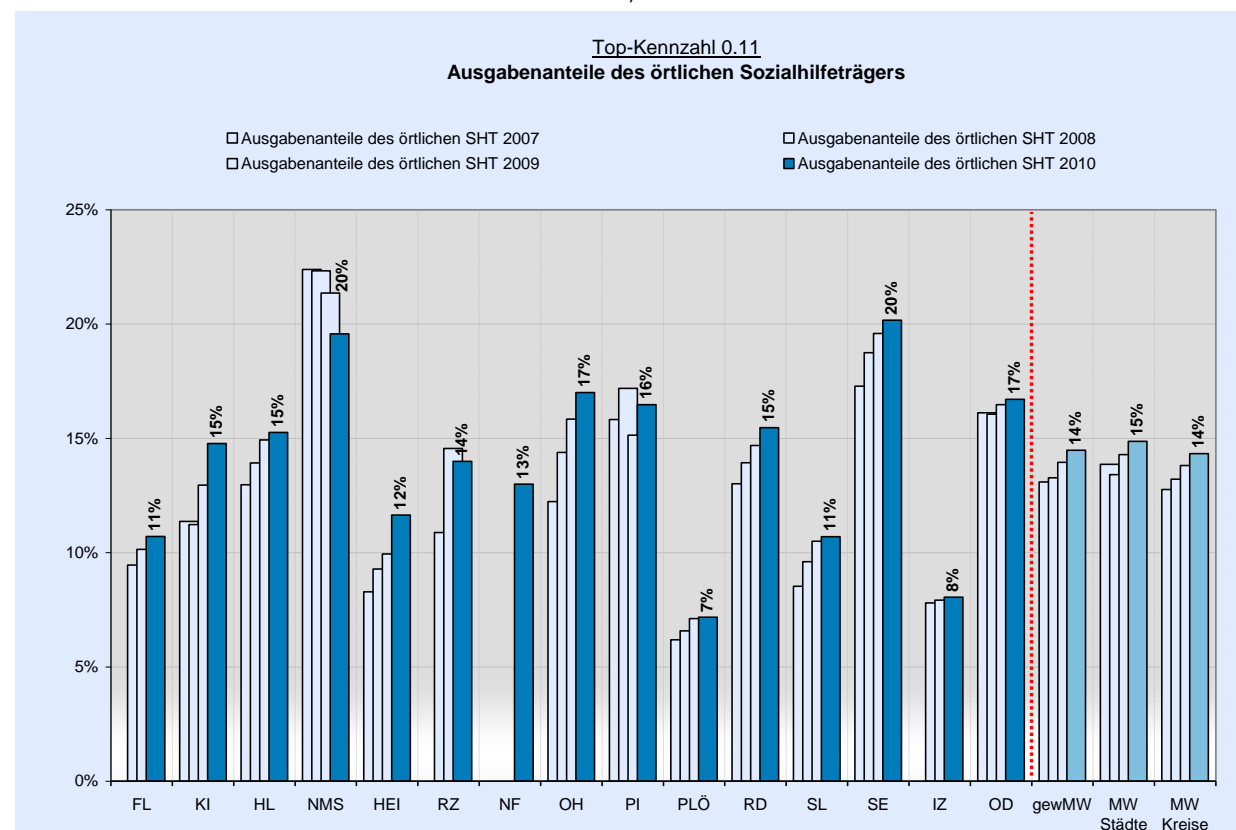
DARST. 30: BRUTTOAUSGABEN PRO EW. PRODUKTGRUPPE ARBEIT, KEZA 2.6



HL, KI, OH, PI Wert 2010 ohne sonstige tagesstr. Leistungen

Für Maßnahmen im Bereich Arbeit, Beschäftigung und Tagesstruktur ergaben sich Bruttoausgaben je Einwohner von rund 63 Euro. Leider sind in einem Teil der Kreise und kreisfreien Städte die Ausgaben für sonstige tagesstrukturierende Leistungen noch nicht ermittelbar, so dass sich hier nur ein Teilausschnitt darstellen lässt.

DARST. 31: AUSGABENANTEILE DES ÖRTLICHEN SOZIALHILFETRÄGERS, KEZA 0.11



Vor dem Hintergrund des Refinanzierungssystems zwischen Land und Kommunen ist die Entwicklung des verbleibenden Kostenanteils für die Kreise und kreisfreien Städte von besonderem Interesse; Darstellung 31 zeigt eine näherungsweise Berechnung dieses Anteils.

Der Anteil der verbleibenden Kosten liegt bei rund 14 Prozent der Gesamtausgaben. In einigen Kommunen ergeben sich sinkende Ausgabenanteile für die örtliche Ebene. Dies ist vor dem Hintergrund der fortschreitenden Ambulantisierung jedoch eher als vorübergehend zu sehen.

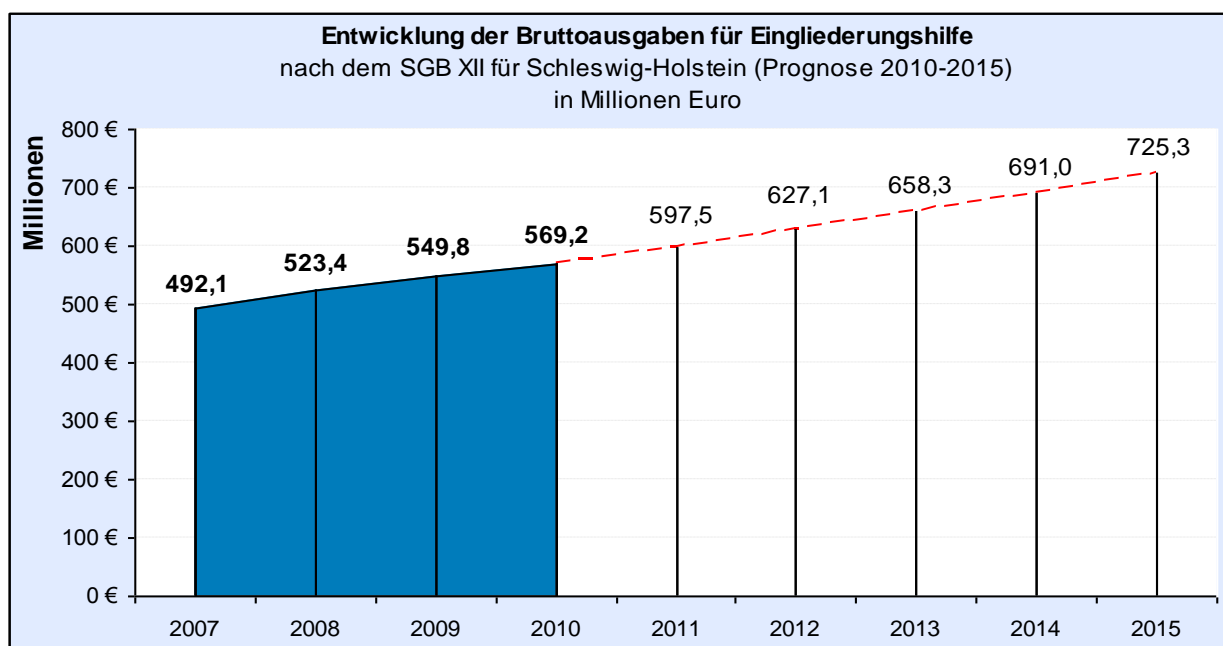
4. Fazit und Ausblick

Aufgabe des Benchmarkings ist nicht die sozialwissenschaftliche Aufbereitung des verfügbaren Datenmaterials. Vielmehr sind die Daten ein Ausgangspunkt, um unterschiedliche Alternativen öffentlicher sozialer Dienstleistungen zu erkennen. Durch den Kennzahlenvergleich werden Entwicklungen transparent und ermöglichen den fachlichen Austausch auf Basis verlässlicher Daten. Hierbei zeigt sich, dass die von den Kommunen verfolgten Steuerungsaktivitäten auch Wirkungen zeigen und sich im Vergleich günstigere Entwicklungen ergeben. Die stationären wohnbezogenen Leistungen stiegen in den letzten Jahren um weniger als 1 Prozent, im ambulant betreuten Wohnen um knapp 8 Prozent. Die Quote der Menschen, die ambulant betreut wohnen erreicht einen hervorragenden Wert von 44 Prozent. Die Zahl der Kinder mit heilpädagogischen Leistungen sinkt insgesamt wieder leicht.

Erwartungsgemäß ist in 2010 die Anzahl der Menschen weiter angestiegen, die Teilhabe-Leistungen der Eingliederungshilfe benötigt. Damit sind steigende Ausgaben verbunden. Für überdurchschnittlich viele Menschen mit Behinderung im Land bedeutet die Teilhabe am Arbeitsleben beispielsweise immer noch den Besuch einer Werkstatt. Der Anteil an der Bevölkerung ist im Land seit vielen Jahren besonders hoch. Die im Bundesvergleich bereits überproportionalen Hilfedichten und auch die Ausgaben steigen weiter an. Rechtliche, soziale und strukturelle Rahmenbedingungen spielen dabei eine Rolle, gleichzeitig sind Steuerungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft.

Die Zahl der bewilligten Integrationshelfer zur Ermöglichung einer angemessenen Schulbildung steigt jährlich um 15 Prozent. Hauptursache ist hier nicht der erwünschte Umbau des Schulsektors hin zu inklusiven Angeboten, sondern insbesondere auch der kontinuierliche Rückzug des Landes in diesem Bereich. Insgesamt zeigt sich durch den Umbau des Systems hin zu ambulanten Leistungen weiterhin eine Verschiebung der Kostenbelastung vom Land auf die Kommunen.

DARST. 32: ENTWICKLUNG DER BRUTTOAUSGABEN FÜR EINGLIEDERUNGSHILFE



Setzt sich die bisherige Entwicklung in gleicher Weise fort, so werden Land und Kommunen mittelfristig beträchtliche Anstrengung unternehmen müssen, um die Finanzierung des Systems der Eingliederungshilfe sicherzustellen. Bereits 2014 werden voraussichtlich 120 Mio. Euro mehr für die Eingliederungshilfe benötigt als noch in 2010.

Mit der Eingliederungshilfe ermöglichen die Sozialhilfeträger soziale Teilhabe für Menschen mit (drohender) Behinderung. Ziel der Kommunen in Schleswig-Holstein ist es, die Leistungen möglichst wirkungsvoll zu gestalten und damit den Kostenanstieg zu begrenzen. Dabei zeigt die Eingliederungshilfe eine Dynamik, die die Steuerungskompetenz der Kreise und kreisfreien Städte fordert.

Einerseits ist die Entwicklung der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein ermutigend, weil Steuerungsbemühungen Wirkungen zeigen. Andererseits steigt der Leistungsumfang beachtlich an, so dass Land und Kommunen die Entwicklungen mit Sorge betrachten. Die Kommunen als örtliche Sozialhilfeträger stehen hier in der Verantwortung, Steuerungsmöglichkeiten auch konsequent und in vollem Umfang zu nutzen. Gleichzeitig können auch die beteiligten Einrichtungen und Leistungserbringer nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, den Umbau des Systems zugunsten inklusiver teilhabeorientierter Unterstützungsleistungen zu gestalten.

5. Abkürzungen

EGH	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
Ew.....	Einwohnerinnen und Einwohner
Keza	Kennzahl
Kosoz.....	Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise
LB	Leistungsberechtigte/r
n.v.....	Wert nicht verfügbar
SGB.....	Sozialgesetzbuch
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung

Teilnehmende Kreise und kreisfreie Städte:

FL	Stadt Flensburg
HEI.....	Kreis Dithmarschen
HL.....	Hansestadt Lübeck
IZ	Kreis Steinburg
KI	Landeshauptstadt Kiel
NF	Kreis Nordfriesland
NMS.....	Stadt Neumünster
OD	Kreis Stormarn
OH	Kreis Ostholstein
PI.....	Kreis Pinneberg
PLÖ.....	Kreis Plön
RD.....	Kreis Rendsburg-Eckernförde
RZ.....	Kreis Herzogtum Lauenburg
SE	Kreis Segeberg
SL	Kreis Schleswig-Flensburg